

STADTTEILARBEIT IN STRALSUND

Freie Träger der Jugendhilfe zur Interessenbekundung aufgerufen



■ **(zas) Stralsund.** Die Hansestadt Stralsund gewährt anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII entsprechend der „Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit“ und den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs.1 LHO M-V Zuwendungen zur Förderung der Stadtteilarbeit in der Hansestadt Stralsund.

Ziel ist es, den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu fördern. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Ausbau und der Vernetzung der offenen Jugend-, Familien- und Bildungsarbeit in den

Stadtteilen zu. Dazu gehört auch, neue Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen kooperativ einzubinden. Der Einsatz von Projekt- und Fördermitteln für diesen Bereich soll transparent und fair gestaltet werden.

Die Förderung erfolgt für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2023, im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, maximal in Höhe der in Anlage 3 zur Richtlinie genannten Summe. Zur Finanzierung sollen möglichst auch weitere Mittel eingebunden werden, z.B. Eigenmittel des

Trägers oder Fördermittel von Bund, Land oder Landkreis sowie weitere Drittmittel.

Was wird gefördert?

Gefördert werden die Koordination, Initiierung, Organisation, Durchführung und Begleitung von Angeboten der Stadtteilarbeit in Stralsund im Sinne der Richtlinie und der Anlagen. Bestehende Angebote sollen unterstützt, Angebote und Anbietende untereinander vernetzt und bekanntgemacht werden. Zu den Zielen gehört auch, neue Angebote zu entwickeln und neue Akteure in den Stadtteilen zu aktivieren.

In diesem Zusammenhang werden in der Hansestadt Stralsund freie Träger der Jugendhilfe gesucht, die Interesse haben, in einem der geförderten Stadtteile (derzeit Grünhufe, Knieper West, Franken und Tribseer) die Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit umzusetzen.

Wer kann sich beteiligen?

Bedingung für die Teilnahme an der Interessenbekundung ist die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach Sozialgesetzbuch VIII. Der Sitz bzw. Wirkungskreis

muss in der Hansestadt Stralsund liegen und der freie Träger sollte eine mehrjährige Erfahrung vorweisen.

Vor der Abgabe müssen die Träger überprüfen, ob ihre Interessenbekundung die Förderkriterien und Förderziele nach der Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit in der Hansestadt Stralsund nebst Anlagen berücksichtigt.

Die Träger sind verpflichtet, alle eigenen Finanzierungsmöglichkeiten und Fördermittel auszuschöpfen.

Was ist einzureichen?

Das Interesse wird durch das Einreichen eines Motivations-schreibens, eines Konzeptentwurfs und einer Kalkulation durch die/den Vertretungsbe-rechtigte/n bekundet. Auf Anlagen kann verwiesen werden.

Die Interessenbekundung ist bis zum 30.09.2021 schriftlich zu richten an: Hansestadt Stralsund, Der Oberbürgermeister, Amt für Schule und Sport / Abteilung Soziale Angelegenheiten, Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund oder per

Mail an: stadtteilarbeit@stralsund.de.

Wie geht es nach dem 30. September weiter?

Das Amt für Schule und Sport prüft die eingegangenen Unterlagen und fordert ggf. weitere Informationen an. Die Entscheidung wird gemäß den in der Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit in Stralsund genannten Kriterien gefällt. Die ausgewählten Träger erhalten zeitnah einen Zuwendungsbescheid, die nicht berücksichtigten Träger eine entsprechende Information.

Ausführliche Informationen zur Interessenbekundung sind online hier nachzulesen: www.stralsund.de/interessenbekundung_stadtteilarbeit

Die Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit in der Hansestadt Stralsund wurde veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 9 vom 23.07.2021.

Rückfragen zum Aufruf zur Interessenbekundung richten Sie bitte ausschließlich per Mail an: stadtteilarbeit@stralsund.de.

Anzeige

INNERE SICHERHEIT

Landtagsabgeordnete Ann Cristin von Allwörden

■ **(pm) Stralsund.** Derzeit geht der Wahlkampf in die heiße Phase und die Landtagsabgeordnete und auch Kandidatin für die Landtagswahl im September, Ann Christin von Allwörden, stellt nach und nach die Inhalte ihres Wahlprogramms vor.

Heute spricht sie mit uns über die Innere Sicherheit. Schon immer Kernkompetenz der CDU und vor allem die Kernkompetenz der als Polizeibeamtin ausgebildeten Landtagsabgeordneten. „Sicherheit wünschen sich alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, ob es nun die Sicherheit im Beruf ist, die Sicherheit in der Freizeit oder die Sicherheit im Straßenverkehr“, so die Abgeordnete. Ann Christin von Allwörden möchte für alle Bewohner dieses Landes und damit auch für die Hansestadt Stralsund einen hohen Sicherheitsstandard gewährleisten. Eine gut ausgebildete und ausgerüstete Polizei schafft ein hohes Maß an Sicherheit und gleichermaßen die damit verbundene Freiheit, die wir uns alle erhalten wollen. Aber

was hat es mit der „ACvA-Kampagne“ auf sich? „Ich werde der Polizei auch in schweren Zeiten den Rücken stärken“, sagt von Allwörden. ACvA – diese vier Buchstaben sind eng mit ihr und ihrem Anliegen verbunden. ACvA bedeutet sowohl Ann Christin von Allwörden, als auch „Alle Cops verdienen Anerkennung“. Ein klares Bekenntnis für die Polizei in unserem Land. Die Landtagsabgeordnete hält dies für enorm wichtig, da es genug Kräfte in unserem Land gibt, die unsere Sicherheitsbehörden schwächen oder gar abschaffen wollen. Alle politischen Kräfte von links und rechts agieren gegen unsere Sicherheitskräfte von Polizei und Verfassungsschutz. Das Gegenteil möchte von Allwörden. „Auch der Verfassungsschutz gehört gestärkt, damit wir gegen die Feinde unserer Verfassung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gewappnet sind“. Eine Stimme für Ann Christin von Allwörden ist eine Stimme für die Innere Sicherheit in unserem Land.

